

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p/XXIV/190

Bonn, den 6. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Zur Sache! ----- Zu den Spekulationen um die Besetzung der Ministerien	38
2	Zwanzig Jahre DDR ----- Ein Jubiläum der deutschen Teilung	42
3	Die SPD, eine Größe, mit der Iberien rechnen muß ----- Nachlese zur Bundestagswahl 1969 Von unserer ED-1-Korrespondenten in Madrid	45
4	Das jugoslawische Echo auf die Wahlen in der Bundesrepublik ----- Von Hans Peter Rulmann, Belgrad	43
5 - 6	Karamanlis läutet den Sturz der Athener Obristen ein ----- Konservativer Ex-Regierungschef betritt wieder die politische Bühne Von Dr. Basil Mathiopoulos	65

Zur Sache!

Zu den Spekulationen um die Besetzung der Ministerien

sp - In diesen Tagen der Vorbereitung des Führungswechsels in der Bundesrepublik wird viel darüber gerätselt, wer wohl Minister, Staatssekretär oder sonst etwas werden könnte. Man nennt Namen, Titel und Ressorts. Man läßt Versuchsbällons steigen, um ein De-menti herauszufordern und man gibt sich "gut informiert", um anderen Leuten glauben zu machen, man kenne alle Geheimnisse der Götter.

Dieses Spiel ist so alt wie die Führungswechsel in einem Staat oder in einer Firma.

Zur Sache: Der designierte Bundeskanzler Willy Brandt führt jetzt mit vielen Persönlichkeiten Gespräche über die Zusammensetzung des künftigen Bundeskabinetts.

Mit den Vertretern der Koalitionsparteien, mit Experten der Verwaltung und der einzelnen Fachgebiete, mit Vertretern der Länderregierungen und der großen gesellschaftlichen Organisationen, die ein integrierter Bestandteil unseres Staatswesens sind. Brandt nimmt Vorschläge und Empfehlungen entgegen, hört Wünsche und Anregungen, die an ihn herangetragen werden, wiegt das Für und Wider dieser oder jener möglichen Entscheidung ab, hütet sich jedoch, jetzt schon Abschließendes zu sagen.

Zur Zeit ist nur unebestritten, daß - was die einzelnen Ressorts betrifft - der künftige Bundeswirtschaftsminister wieder Professor Dr. Karl Schiller heißen wird. Auch einige andere von Brandt vorgesehene Besetzungen dürften geklärt sein.

Endgültige Entscheidungen können und werden jedoch nicht vor dem 21. Oktober fallen, das heißt nach der Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler. Erst dann kann der Bundeskanzler entscheiden, wen er dem Bundespräsidenten zur Ernennung vorschlagen wird. Bis dahin kann niemand mit absoluter Gewißheit sagen, diese oder jene Position werde so oder so besetzt werden.

Dies bezieht sich nicht nur auf die Bundesminister, sondern auch auf die Staatssekretäre und andere wichtige "Schaltstellen" in der Staatsführung, die selbstverständlich von Persönlichkeiten besetzt werden müssen, die das uneingeschränkte Vertrauen in fachlicher und politischer Hinsicht der künftigen Minister besitzen.

Persönliche Hoffnungen oder gar Ambitionen Einzelner dürfen hierbei keine Rolle spielen. Brandt weiß das; er wird mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit und Zurückhaltung entsprechend handeln.

+ + +

Zwanzig Jahre DDR

Ein Jubiläum der deutschen Teilung

sp - Der zwanzigjährige Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland verlief wie jeder gewöhnliche Tag. Es gab keine Militärparaden, keine großangelegte Schau des bisher Erreichten, noch hielt es ein ausländischer Staatsmann für notwendig, diesem Geburtstag mit einem Besuch in der Bundesrepublik einen besonderen Charakter zu geben.

Ganz anders in der DDR. Auch sie begeht in diesen Tagen ihren 20. Geburtstag. Die Machthaber entfalten ein Gepränge, das alles bisher von der DDR in dieser Richtung Gebotene weit übertrifft. Die Sucht, als Staat sich selbst und von möglichst vielen Staaten anerkannt zu sehen, sprengt jeden Rahmen. Über 100 Delegationen aus kommunistisch regierten Ländern und von kommunistischen Parteien, an der Spitze die sowjetische Staats- und Parteiprominenz, bezeugen den Machthabern in Ostberlin ihre Reverenz. Die Volksarmee bekundet in großangelegten Paraden ihre militärische Stärke, ein Regen von hohen und höchsten Orden ergießt sich über die Würdenträger der DDR und Hunderttausende ziehen auf die Straße. Freiwillig, mit Stolz im Herzen?

Die Bevölkerung der DDR hat unter den Folgen des vom Dritten Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieges mehr leiden müssen als die Bevölkerung der Bundesrepublik. Bis in den Anfang der 50er Jahre hinein sollten mehrere Demontagewellen über die DDR hinweg, und die Menschen hungerten und darboten, als es in der Bundesrepublik schon Überfluß an Nahrung und Gebrauchsgütern gab. Die Gnade von freien Wahlen blieb ihnen bis heute versagt. Über zwei Millionen Bürger der DDR flüchteten nach Westen, bis Stacheldrähte an den Demarkationsgrenzen und die Errichtung der Mauer den Fluchtweg versperren. Seitdem haben sich die meisten Menschen mit dem SED-Regime ab- und zurechtgefunden; sie versuchen ein bißchen persönliches Glück und Wohlstand zu erwerben. Noch so verfehlte Wirtschaftsmaßnahmen konnten die Tüchtigkeit der Mitteldeutschen nicht einengen oder zum Erlahmen bringen. Das Regime war sogar genötigt, Reformen durchzuführen, wollte es den kühnen Anspruch verwirklichen, mit der Bundesrepublik an ökonomischer Kraft gleichzuziehen. Vieles wurde erreicht. Die DDR steht heute an zehnter Stelle auf der Liste der Industrieländer. Dennoch beträgt der Rückstand der Produktivität im Vergleich zur Bundesrepublik immer noch 25 Prozent und im Vergleich zum Lebensstandard 30 Prozent.

Die Spaltung unseres Volkes durch Feiern und Paraden zu begehen, blieb der DDR vorbehalten. Der patriotisch gesinnte Deutsche kann es nur mit Trauer registrieren. Er wird daran erinnert, welcher weiter und beschwerlicher Weg noch vor uns liegt, ehe ein geregeltes Neben- und Miteinander beider Teile Deutschlands deutsche und europäische Wirklichkeit wird. Dieses Ziel muß immer in Sicht bleiben.

+ + +

Die SPD, eine Größe, mit der Iberien rechnen muß

Nachlese zur Bundestagswahl 1969

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die Bundestagswahl 1969 erregte in Spanien und Portugal lebhafteres Interesse als eine Präsidentenwahl in den USA oder Frankreich. In beiden Ländern äußerten sich die amtlichen wie die oppositionellen Kommentatoren, was in Deutschland geschehe, könne in der europäischen Politik eine Wende herbeiführen.

Dabei sollte freilich nicht vergessen werden, daß die iberischen Regime noch den hektischen Jahren des Kalten Krieges nachtrauern, die ihnen seitens der CDU/CSU eine ungeahnte politische Aufwertung beschert hatten. So ist es nicht verwunderlich, daß das amtliche Madrid wie das offizielle Lissabon lieber eine CDU/CSU-geführte Bonner Regierung sehen würde als eine Koalition SPD/FDP. Neu ist, daß sich inzwischen in den beiden iberischen Hauptstädten immer mehr die Meinung durchsetzt, an der SPD-Führe auf dem Weg nach Europa kein Umweg vorbei. Die "Total-Niederlage der NPD" kam Madrid und Lissabon nicht ungelegen, denn die gastarbeiterfeindliche Haltung der Thakien-Partei war beiden Regierungen höchst willkommen.

Es gibt in Spaniens tonangebender Falange einflußreiche Kräfte, die der Kopie NPD lieber das Original NSDAP noch heute vorziehen. Sie halten auch von der CDU nichts. Den Beweis dafür lieferte der Leitartikler des Falange-Zentralorgans "Arriba", Parteitheologe und Vizebürgermeister von Madrid, Jesus Suevos, der als ministrabel gilt und oft als Informationsminister im Fall einer Kabinettsumbildung genannt wird. Suevos vertrat die deutsch-spanischen Zusammenarbeit einen kräftigen Fußtritt und unterstellte CDU/CSU wie der SPD gar, sie vertreten weniger die Interessen der Deutschen als die der "internationalen neokapitalistischen Verschwörung in Europa". Solche Töne, bisher nur aus dem Vokabular der SED bekannt, verbinden sich mit einer Verherrlichung des Hitler-Nazismus, der - so Suevos - mit seiner "nationalen und sozialen Fortschrittskraft" nicht nur "Deutschland, sondern die ganze Welt bis an die Wurzeln aufrüttelte". Das Falange-Hauptblatt, das die Gastarbeiterbewegungen des Bayerischen Rundfunks "die Stimme Pankows" nennt, behauptet gar, die Führer der beiden großen demokratischen Parteien der Bundesrepublik seien nicht imstande, den Deutschen die Selbstbestimmung als "Herren über ihr eigenes Schicksal" zu verschaffen.

Einerseits ist dem spanischen Regime viel an guten Beziehungen zur CDU/CSU gelegen, andererseits wird diese ebenso wie die SPD von führenden Falange-Funktionären in Grund und Boden verdammt. Ob eine solche Haltung geeignet erscheint, die deutsch-spanische Freundschaft zu fördern, bleibe dahingestellt. Der Wortschatz der SED im Munde eines spanischen Würdenträgers und das Loblied der NSDAP nehmen sich für einen Minister-Anwärter ziemlich eigenartig aus. Solche Äußerungen sind keineswegs dazu angetan, etwa vorhandene Vorbehalte gegenüber der Madrider Regierung abzubauen. Gelten die Spanier als Meister der diplomatischen Florettkunst, so hat "Arriba" schlechten Geschmack demonstriert, sowie das Unvermögen, die Mentalität eines anderen Volkes zu begreifen.

Das jugoslawische Echo auf die Wahlen in der Bundesrepublik

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Neben den Veränderungen in der tschechoslowakischen Parteiführung stehen die deutschen Bundestagswahlen auch im Zentrum der jugoslawischen Beobachtungen. Mit Schlagzeilen wie "Nur die Sozialdemokraten haben Fortschritte gemacht", "Welche Koalition nun?" und "Kommt es zu einer Regierung der Sozialdemokraten und Liberalen?" nimmt die Berichterstattung und erste Kommentierung den Großteil des Platzes in den Belgrader Tageszeitungen ein. Eine besondere Schlagzeile hat die auflagenstärkste Zeitung Jugoslawiens, "Večernje Novosti", übrigens auch der Niederlage von Bundesverteidigungsminister Schröder in seinem Wahlkreis gewidmet.

In Gesprächen mit jugoslawischen Persönlichkeiten kommt zunächst einmal eine tiefe Befriedigung über die Niederlage der Nationaldemokraten zum Ausdruck, obgleich einschränkend gerne darauf hingewiesen wird, daß diese Partei immerhin ihre Stimmzahl fast verdoppeln konnte. Diese Befriedigung vermischt sich mit einiger Überraschung, denn auch hier hatte man die Gefahr von rechts als viel größer eingeschätzt. Beobachter aus der DDR, die sich in Belgrad aufhalten, waren in ihren Schätzungen sogar bis zu 11 Prozent gegangen, aber während man ihnen nun eine gewisse Enttäuschung anmerken kann, kehren die Jugoslawen ihre Zufriedenheit hervor. Dabei spielen nicht einmal so sehr ideologische Argumente eine Rolle; für das schlechte Abschneiden der kommunistischen "Aktion Demokratischer Fortschritt" vergießt man hier ja auch keine Träne. Aber Jugoslawien ist schließlich eines jener Länder, die am schwersten unter dem Krieg gelitten haben, und eine NPD im Bundestag hätte vollkommen logisch und berechtigt die Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien schwer gestört.

Natürlich macht man in Belgrad keinen Hehl daraus, daß man den Sozialdemokraten und den liberalen Gegnern der Hallstein-Doktrin gerne noch einen deutlicheren Wahlerfolg gewünscht hätte, denn eine Koalition zwischen den Unionsparteien und der FDP birgt nach Belgrader Ansicht die Gefahr in sich, daß es abermals zu einer Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West kommen würde. Im Rahmen einer solchen Konstellation müßte Jugoslawien gleichfalls seine guten Beziehungen zur Bundesrepublik reduzieren, und zwar allein mit Rücksicht auf die in diesem Raum allein präsente Großmacht, nämlich die Sowjetunion, eine Folgerung, die übrigens noch viel stärker auch für Rumänien gilt.

Man setzt hier also, sagen wir es rundheraus, auf eine Koalition zwischen den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten, denn sie allein gewährt den Jugoslawen die Möglichkeit, ohne allzuviel Skrupel die Beziehungen zu Westeuropa weiter auszubauen. Daß man sich natürlich Willy Brandt an der Spitze einer solchen "Traumkoalition" wünscht, das ist noch immer das Ergebnis des Eindruckes, den dieser deutsche Politiker anlässlich seiner Visite in Jugoslawien hinterlassen hat.

+ + +

Karamanlis läutet den Sturz der Athener Obristen ein

Konservativer Ex-Regierungschef betritt wieder die politische Bühne

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Während am vergangenen Donnerstag vor dem Plenum der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg die griechische Frage unter dem Aspekt des Ausschlusses der Athener Machthaber aus dieser internationalen Organisation erneut zur Debatte stand, mußte die Militärregierung in Athen einen weiteren heftigen Schlag hinnehmen. Der frühere Ministerpräsident Griechenlands, Konstantin Karamanlis, der das Land von 1955 bis 1963 regiert hatte und sich bereits vier Jahre vor dem Staatsstreich ins Pariser Exil zurückzog, brach jetzt sein zweijähriges Schweigen und attackierte mit einer für seine Mentalität seltenen Schärfe die Athener Obristen.

Karamanlis erklärte, er werde notfalls wieder in die aktive Politik zurückkehren, um persönlich für die Herstellung der Demokratie zu wirken. Er warf der Militärdiktatur vor, einen groben Fehler gemacht zu haben, als sie ihre Herrschaft als quasi ewige Institution deklarierte. Die Militärregierung habe das Land politisch und moralisch von der westlichen Welt isoliert und durch ihre Politik eine explosive Situation heraufbeschworen, die das Volk zur Verzweiflung führte und Griechenland gleichzeitig den Verlust seines internationalen Prestiges einbrachte. Ferner bezeichnete Karamanlis die Wirtschaftspolitik der heutigen Regierung als katastrophal für das Land und unterstrich, daß das Terrorregime über keinerlei Ideologie verfüge, ja nicht einmal eine Diktatur im klassischen Sinne darstelle.

Karamanlis sieht zwei Möglichkeiten, die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland einzuleiten: Erstens könne dies gewaltlos geschehen, wenn sich die Obristen bereitfänden, zurückzutreten. Zweitens, für den Fall, daß dies nicht geschehe, müsse es über den gefährlichen Weg eines Umsturzes versucht werden. Die erste Lösung hält Karamanlis für konstruktiv, für den zweiten Ausweg, bei dem er auch an die Offiziere appelliert, die alle einen Eid darauf geleistet hätten, die Freiheit des griechischen Volkes zu verteidigen, gibt er

zu bedenken, daß sich hierbei unkontrollierte Kräfte entladen könnten, die dem Land neue Schwierigkeiten bringen würden.

Das Regime antwortete auf Karamanlis Erklärung mit Schweigen, vielleicht auch deshalb, weil eine Reihe von Verlegern der zensierten Athener Presse die Militärregierung wissen ließ, daß sie die Gendarmerie der Regierung nicht bekannt machen wollten, falls die Zensoren die Veröffentlichung der Erklärung des Exilpolitikers verhindern sollten. Die Stellungnahme des früheren griechischen Regierungschefs erfolgte einige Tage - und das unterstreicht ihre Wichtigkeit - nach der Warnung eines Teils der griechischen Widerstandsbewegung. Unter dem Decknamen "Akritas" - ein Nationalheld aus der byzantinischen Zeit - stellte sie der Militärregierung ultimativ die Forderung, bis zum 30. November freie Wahlen auszuschreiben. Ihre entschlossene Haltung demonstrierten die jüngsten Bombenexplosionen in Athen und Saloniki, die auf das ganze Land ausgedehnt würden, falls der Appell an die Militärregierung auf taube Ohren stoßen sollte. - Pattakos, Innenminister und Generalleutnant a.D., erklärte dazu, daß an Parlamentswahlen vorläufig nicht zu denken sei. Überhaupt sei mit einer Rückkehr alter Systeme und Politiker für lange Zeit nicht zu rechnen.

Politische Beobachter sehen in dem zeitlichen Zusammentreffen von Widerstandsaktionen und der Äußerung Karamanlis ein Zeichen dafür, daß der Exilpolitiker seitens alliierter Regierungen Zusicherungen bezüglich des Sturzes der Militärs erhalten hat. Dies ist umso interessanter, als Karamanlis die augenblicklich verworrene Situation dazu nutzen will, die Demokratie in Griechenland neu zu beleben. Er denkt an Strukturreformen und an die Revision der Verfassung, die die Kompetenzen von König, Regierung und Parlament neu zu regeln hätte. Außerdem hält er innenpolitische Reformen für dringend erforderlich. Der Zeitpunkt ist jetzt deshalb günstig, weil die Opposition relativ geeint und stark ist, die Junta andererseits ihre Schwäche immer mehr offenbart.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Tatsache an Bedeutung, daß der neue amerikanische Botschafter für Athen seinen Antrittsbesuch bei dem im römischen Exil lebenden König Konstantin machen wird und erst anschließend nach Athen geht.